

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

261 (6.11.1896) II. Blatt

Ausgabe
Wöchentlich zwei mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch die Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.,
Borauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchgasse 2.

Telefonanschl. Nr. 401.

Anzeigegebühr
Die 1spaltige Kolonelleile
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restanten 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
halten und können nachträglich
sonstige Anzeigen
verdrängen.

Nr. 261. II. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 6. November

1896

nlc. Zum Kampf gegen das Polentum.

Mit Recht ist anlässlich des Prozesses über die polnischen Ausschreitungen in Opalenka von vielen Seiten betont worden, wie schädlich es für die deutsche Sache ist, wenn der Beamte nicht in jeder Beziehung, in seinem persönlichen und amtlichen Vorleben, sozusagen absolut „hieb- und stichfest“ ist. Damit ist eine der Hauptschwierigkeiten berührt, die im Interesse der Abwehr gegen die vordringende polnische Propaganda überwunden werden muß. Die Regierungen in Westpreußen und Posen haben eine Amtslast zu überwinden, die weit größer ist, als die der Regierungen in den anderen Provinzen. Denn zahlreiche, an sich noch so winzige Fragen, die in rein deutschen Gebieten als ausschließlich geschäftlich kurzweilig erledigt werden können, werden bei den nationalen Gegenständen in den genannten Ostprovinzen zu politischen und verlangen infolge dessen eine weit eingehendere sorgfältige Prüfung. Diese ist nur möglich bei einem Beamtenbestande, der Lückhaftigkeit mit genauester Sachkunde des Landes verbindet.

Wir bemerken ausdrücklich, daß Sachkunde, Lückhaftigkeit und ein eheliches Streben, den besonderen örtlichen Aufgaben gerecht zu werden, der weit überwiegenden Mehrzahl der dort tätigen Beamten zuzurechnen sind. Aber — und wir begehen keine Indiskretion, wenn wir behaupten, daß dieser Mangel sehr lebhaft gerade von den Regierungen in Westpreußen und Posen empfunden wird, — die Beamten haben leider in vielen Fällen nicht die Gelegenheit, sich in die Bedürfnisse des Landes und die nationalen Schwierigkeiten vollständig zu vertiefen, weil nirgends die Fluktuation unter dem Beamtenstande größer ist, als gerade dort. Und mit jedem tüchtigen Beamten, der Posen oder Westpreußen verläßt, zieht eine Summe von besonderen persönlichen Kenntnissen hinaus, die nur mühsam ersetzt werden kann, und desto schwerer, je mehr der passive Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen das Deutschtum auf allen Gebieten im Zunehmen ist. Man gehe nur in die Kreise und frage, wieviel Kandidaten der Kreisinsasse in einem halben Menschenalter an sich hat vorüberziehen lassen. Und dieser Wechsel macht sich fühlbar bis oben hinauf.

Der zweite Mangel ist darin begründet, daß noch immer nicht die Aussicht überwunden ist, in den Ostprovinzen könnten anderweitig nicht mehr recht verwendbare Beamte nützlich untergebracht werden. Dies ist ein verhängnisvoller Zustand; nirgends gibt der Beamte, als solcher wie als Mensch, wo fast seine ganze Umgebung bis auf das Dienstpersonal polnisch ist, mehr im Glaskase, wie da, wo in der Prospekt sich die polnische Agitation konzentriert, und es bequeme Mittel genug gibt, den Deutschen bis ins Kleinste in scharfer Kontrolle zu halten. Will der Staat gegen das Polentum Erfolge erzielen, dann muß er darauf halten, daß die Beamten in Posen und Westpreußen möglichst festhalten bleiben, und nur die tüchtigsten dorthin geschickt werden. Wären in diesen Provinzen die Beamtenstellen den größeren Pflichten entsprechend besetzt, dann würde beides in kurzer Zeit von selbst eintreten: Selbsttätigkeit und dann ein Angebot von tüchtigen Kräften, die die Staatsregierung aus diesen auswählen könnte, während sie jetzt Mühe hat, den „Drang nach dem Westen“ zu überwinden.

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 5. Nov. Eugen Richters „Freisinnige Zeitung“, die eine besondere, einzig gepflanzte „Zur Vertretung Bismarcks“ eingeführt hat, kündigt eine baldige Besprechung der Bismarckschen Enthüllungen im Reichstage bei der vierteiligt schon am 10. November beginnenden Staats-Debatte an. Man rechne dabei auf die Anwesenheit des Grafen Herbert Bismarck. Eugen Richter hofft natürlich, bei einer solchen Besprechung den Fürsten Bismarck endlich als Landesvertreter zu entlassen; das wird ihm aber nach dem bis jetzt vorliegenden und, wie es scheint, noch weiter zu erwartenden Material zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutschland, Rußland und Österreich, nicht gelingen! Die im heutigen I. Blatt mitgeteilten, offensichtlich auch von Bismarck stammenden Darlegungen in der „N. Fr. Pr.“ haben ja benjamen, die sich im Glauben an Bismarcks eheliche Friedenspolitik niemals haben irren machen lassen, eine auf neue veränderte Position gestellten: Bismarck hat Österreich und Rußland die denkbar größten Dienste im Interesse der Friedenshaltung geleistet, und es wird dem unbefangenen Urteilenden immer unbezweifelbar, wie es nur möglich ist, daß Deutsche in allem Ernst behaupten wollen, Bismarck habe eine Unrechtheit begangen, indem er mit Österreich und mit Rußland Verträge schloß, die den europäischen Frieden garantierten! Die Reichsregierung wird bei einer Besprechung dieser Angelegenheit im Reichstage voraussichtlich das Wort nicht ergreifen. Dagegen darf man zu den auf der Seite Bismarcks stehenden Reichstagsmitgliedern das Vertrauen hegen, daß sie gegenüber den Richterschen Auslassungen, die das Vaterland schwer schädigen müßten, wenn sie irgendwo ernst genommen würden, ein kräftig deutsches Wortlein finden werden.

zu Vom Rhein, 4. Nov. Die Vorbereitungen für die Reichstagserversammlung in Mainz haben länderweise begonnen mit einem paragrafenweise abgeschlossenen Uebereinkommen zwischen den Nationalliberalen, der Centrumpartei und den Sozialdemokraten, den drei Parteien, welche dort Kandidaten aufgestellt haben; alle persönlichen Angriffe in Wort und Schrift zu vermeiden. Die nationalliberale Partei ist darauf sofort energisch in die Wahlbewegung eingetreten, und soweit sich aus den Reden des nationalliberalen Kandidaten, Oberlehrer Soldau, entnehmen läßt, ist auch bisher auf dieser Seite nichts geschehen, was einem Zusammenschluß aller auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehenden Wähler bei der Stichwahl hinderlich im Wege stehen könnte. Bezeichnend ist die Haltung der „gemeinsamen Ausschüsse der demokratischen und freisinnigen Partei“, die diesmal keinen Kandidaten aufstellten, dem Centrumslandkandidaten die Zustimmung verweigerten, den Nationalliberalen unter dem Schlagwort „Scheinliberalismus“ verpönten, und dann den Aufruf an die „Mitglieder“ erließen, „nur in freier Willkür im Sinne“ zu stimmen. In Brandenburg-Westhavelland hat der demokratische Freisinn, als nichts mehr zu gewinnen war, diese Wendung schlanweg mit der Deutlichkeit erlegt, daß es im Effekt nichts ausmacht, wenn der freisinnige Wähler einen sozialdemokratischen Zettel abgibt. Warum man in Mainz nicht so mutig war, läßt sich erklären: man hat offenbar mit Anhängern zu rechnen, die künstlich in dem Glauben erhalten werden müssen, man sei wirklich noch berechtigt, als Sachverständiger in Sachen des Liberalismus aufzutreten.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 5. Nov. Es geht nichts über guten Geschmack, wie ihn jetzt die bismarckfeindliche Presse, besonders die „Liberale“, an den Tag legt. Das „Neue Mannh. Volksbl.“, dessen Stillebringer wir schon mehrmals zu verzeichnen in der Lage waren, bringt in seinem Feuilleton eine in juristischer Form gehaltene Anklageschrift gegen den Fürsten Bismarck, worin derselbe der Herabwürdigung der Staatsregierung und des Betrugs von Staatsgeheimnissen angeklagt wird. Unterzeichnet ist die „öffentliche Meinung“, die ja ausschließlich durch liberale Blätter vertreten wird. Wir finden nur, daß das Mannheimer Centrumsorgan ein Verbrechen Bismarcks verzeihen hat, und zwar gerade sein größtes. Er hat nämlich die Frechheit gehabt, das Deutsche Reich zu gründen, daselbe in der Zeit von 20 Jahren zu einem immer mächtigeren Reiche zu entwickeln, ohne dessen Genehmigung kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden durfte, er hat ferner während der genannten Zeit alle hochverrätherischen Anschläge vereitelt, er hat endlich durch weise Maßnahmen die Erwerbstätigkeit auf eine solche Stufe gehoben, daß alle Berufsstände sich bei wachsendem Wohlstand und der Arbeiter außerdem bei abgelaßter Arbeitszeit einer zunehmenden Kultur erfreuen, obwohl die Einwohnerzahl des Reiches sich in der genannten Zeit um 10 Millionen vermehrt hat, die alle leben wollen und leben können. Das Alles hat Bismarck vollbracht gegen den Willen und im steten Kampfe mit dem Centrum und anderen Parteien, die dem Centrum verbündet sind. Wir irren wohl nicht sehr in der Annahme, daß dies in den Augen der Centrumpresse keine unverzeihlichen Verbrechen sind, bei denen es nicht einmal mildernde Umstände gibt.

Karlsruhe, 5. Nov. Die beneidenswerte Rolle, zu der in Baden die vereinigten Parteien, Freisinnige und Demokraten, verurteilt sind, erhält heute durch einen Artikel aus der weitläufigen Feder des Centrumsführers Wader eine für die Herren Müller, Benedy und Gemossen wieder recht schmeichelhafte Illustration. Der Artikel lautet wörtlich:

„Die „Neue Bad. Wdzg.“ hat sich in den letzten 6 Jahren wiederholt ebenso bescheiden wie geschickt benommen, wenn es sich um Erörterung und praktische Erledigung dieser oder jener Einzel-Wahlfrage handelte. Aufschneidend ist das Blatt in diesem Punkte unabweislich. Eine Besprechung der Landtagswahl im Bezirke Heidelberg-Land läßt darauf schließen. Es ist sehr fraglich, ob dort die Kandidatur des bisherigen (nat. lib. D. Red.) Abg. Strübe wieder aufgestellt werden wird. Praktisch ist es jedenfalls nicht, schon jetzt die Frage eingehender zu erörtern, wie es in diesem Bezirke gehen wird. Thatsächlich hat der Antifeminismus in jenen Gegenden vielen Anhang. Die „Neue Bad. Wdzg.“ trägt nun kein Bedenken, schon jetzt ohne alle Einschränkung zu schreiben:

„Daß das Centrum den Antifeminismus freilich verpörricht, steht außer Frage.“

„Woher weiß das die „Neue Bad. Wdzg.“? Wenn sie kein Verständnis dafür hat, daß in Baden zur Zeit die Unschädlmachung der nationalliberalen Mehrheit das Dringende ist, dann thäte sie besser, in Wahlangelegenheiten andere Leute sprechen und handeln zu lassen. Wir meinen, die Wahlhaltung sei unter Umständen auch eine wirksame Waffe. So wie z. B. die Dinge liegen, kann doch nicht die Rede davon sein, daß Linksliberale oder Centrumsleute positiv mitwirken, irgend ein Mandat der Nationalliberalen zu retten. Wenn aber Linksliberale nach dieser Anschauung nicht handeln, sondern in gewissen Fällen, jeden nationalliberalen Kandidaten“ unter dem Titel des „kleineren Uebels“ zu wählen imstande sind, dann kann sich die Frage aufwerfen, ob es der Mühe wert erscheint, zwischen Nationalliberalen und ihnen einen Unterschied zu machen und sich anzustrengen. Im Bezirke Heidelberg-Land verfügt das Centrum nur über wenige Stimmen, kann also von vornherein keine große Rolle spielen. Ob die Freisinnigen über eine einzige Stimme werden verfügen können, muß sich erst zeigen. Wir haben die „Neue Bad. Wdzg.“ im Verdacht, daß sie selbst nicht in der Lage ist, die geringste Auskunft darüber geben zu können. Darum thäte sie gut, mindestens abzuwarten, bis sie weiß, daß Leute ihrer Richtung überhaupt unter den Wahlmännern existieren.“

Schon ein Jahr vor den Wahlen fällt also Herr Wader das Bedürfnis, den Freisinnigen, die von den Brömlern leben, die von des Herrn Tische fallen, zu zeigen, daß man ihnen den Vortritt höher hängt, wenn sie nicht parieren! „Wer sich nicht fügt, fliegt hinaus!“

5. Nov., 4. Nov. Der im vorigen Jahre im Kaufmännischen Verein mit so großem Beifall angenommene Vortrag über „Die Entwicklung des Zeitungswesens“ von F. Streng wird hier am nächsten Samstag Abend für die Mitglieder des Arbeiterbildungs- und Gewerbevereins in neuer Bearbeitung wiederholt, wofür besondere Neugierigen aus dem chinesischen und japanischen Zeitungsweesen versprochen werden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 5. Novbr.
Der Landwirtschaftsrat wird am 1. Dezember zur Erledigung folgender Tagesordnung zusammentreten:
1) Beratung über die Art der Verwendung der im Staatsbudget für 1896/97 für Förderung der Landwirtschaft genehmigten Mittel. Hierzu werden über folgende Gegenstände Berichte erstattet werden: a. Ueber Verwendung des zur Förderung der Viehzucht bewilligten Betrags von jährlich 100.000 M. Berichterstatter: Abgeordn. Franz Budenberg. Mitberichterstatter: Kronenwirt Wälder, Pfaffen-dorf. b. Ueber die der staatlichen Prämierung der Pferde künftig zu Grunde zu legenden Grundstücke. Berichterstatter: Bezirksleiter Wälder-Mosbach. Mitberichterstatter: Altkirchnermeister Koch, Jochenheim.
2) Beratung über die Frage der Erhaltung von Unfallversicherungs-vorschriften für die landwirtschaftlichen Betriebe. Berichterstatter: Gutspächter Brandenburg-Bronnauer. Mitberichterstatter: Gutspächter Wächter, Wälder. 3) Begutachtung des Entwurfs einer Vollzugsverordnung zum Jarenhaltungsgeß. Berichterstatter: Gutspächter Stein-Kudach. Mitberichterstatter: Abgeordneter Dreher, Wittlingen.
4) Beratung über die Frage der Regelung des Abdeckereiwesens. Berichterstatter: Kommerzienrat F. Scipio Mannheim. Mitberichterstatter: Bürgermeister Meyer-Griehs. 5) Beratung über die Frage der Förderung des Handels von Vieh nach Lebendgewicht. Berichterstatter: Gutspächter Brandenburg-Bronnauer. Mitberichterstatter: Abgeordneter Franz Budenberg. 6) Beratung des Berichts über die Frage, wie dem Mangel an ländlichen Arbeitern abgeholfen werden kann, sowie über die Frage der Befreiung des Kontraktbruges, Einführung von Diensthilfern und Verringerung der Dienstbotenlöhne. Berichterstatter: Geh. Regierungsrat Salzer-Emmendingen. Mitberichterstatter: Detonom Steingöbter-Heidelberg. 7) Beratung des Berichts über die Frage der Einführung eines Ausnahmestrafes für die

Ausfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Dessenaten, Malz und Mühlen-erzeugnissen. Berichterstatter: Kommerzienrat F. Meiß-Karlsruhe. 8) Wahl der Vertreter zum Deutschen Landwirtschaftsrat und zum Badischen Eisenbahnrat.

„Bismarck und der Europäische Friede“ heißt das Thema eines Vortrags, den Prof. Böhtlingk am nächsten Dienstag um 7/9 Uhr im großen Mathausaal halten wird. Der Name des Redners wie das zeitgemäße Thema dürften ihre Zugkraft nicht verfehlen. Es sei noch bemerkt, daß ein Eintrittspreis von 50 Pf. erhoben wird.

Von einem Radfahrer überfahren. Gestern Abend nach 5 Uhr wurde an der Ecke der Schützen- und Wilhelmstraße ein 11 Jahre alter Knabe von einem noch unbekanntem Radfahrer überfahren, so daß der Knabe verschiedene glücklicherweise nur leichte Verletzungen (Beulen und Hautabschürfungen) erlitt.

Keine Chronik. Ein vom Groß. Amtsgericht dahier wegen Sachbeschädigung zur Strafverurteilung verurteilter Tagelöhner aus Daxlanden wurde hier verhaftet. — In einem Hause der Leopoldstraße wurde am 1. oder 2. d. Mts. einem Kellerlehrer aus Mählfrauen aus gemeinschaftlichen unverschlossenen Schließzimmern aus einem unverschlossenen Koffer heraus 11 M. 20 Pf. entwendet. — Gestern wurde ein arbeitsloser Tagelöhner von Karlsruhe verhaftet, welcher des Diebstahls von Uhren dringend verdächtig ist. — In einem Hause in der Bahnhofsstraße wurde in der Nacht vom 1./2. d. Mts. die Einfriedigung am Vorgarten zusammengebrochen. — Eine in der Leopoldstraße wohnende Dame hat am 19. v. Mts. eine goldene Uhrkette im Werte von 40 M. in der Leopoldstraße verloren: da die Kette auf ein Ausschreiben nicht abgegeben wurde, so liegt die Vermutung nahe, daß sie der Finder unterschlagen hat. — In einem Abzahlungsgeschäfte in der Matienstraße hat sich ein Verkäufer in früheren Monaten verschiedene Möbel auf Abzahlung gekauft, wobei sich der Verkäufer das Eigentumsrecht bis zur gänzlichen Bezahlung vorbehalten hat. Der Käufer war in seinen Zahlungen säumig und hat zuletzt gar nichts mehr bezahlt, weshalb ein Teil derselben zu Gunsten des Verkäufers wieder gepfändet wurde. Der Schuldner ging daher am 29. v. Mts. in das Bureau des Gläubigers, machte in Abwesenheit des letzteren Standa, zerschlug mit der Faust den Deckel eines Schreibpultes und entfernte sich auf mehrmalige Aufforderung erst dann, als ein anwesender Bedienter zum Fenster hinaus um Hilfe rufen wollte. Der Störenfried wurde daher wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch zur Anzeige gebracht.

Antliche Nachrichten.

Nr. 65 des Verordnungsblatts der Generaldirektion der Groß. Badischen Staatseisenbahnen vom 3. Nov. hat folgenden Inhalt: Bekanntmachungen: Veräußerung fremder Güterwagen. Koffer für die Bedienung der Draisinen. Rheinisch-Westfälisch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Rechtspflege.

Karlsruhe, 5. Nov. (Strafkammer I.) Wendelin Hundt aus Freiburg, Agent in Karlsruhe, verhaftete sich am 3. Juni d. J. von der Ehefrau eines Werkmeisters hier durch die Vorposten der falschen Thatsache, er sei von dem Subdirektor der Hannoverschen Lebensversicherungsgesellschaft beauftragt, die fällige Prämie einzuziehen, den Betrag von 1406 M. Hundt, der schon wegen Diebstahls, Untreue, Unterschlagung und Betrugs im wiederholten Maßstrafe ist, erhielt 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Erwerbslosh. Wader Heinrich Berger aus Mittenmühlbach wurde am 22. September d. J. hier wegen Verübung von Aufstörung und grobem Unfugs festgenommen, worauf er den betreffenden Schuldeuten 2 M. mit der Bitte anbot, ihn laufen zu lassen. Wegen groben Unfugs, Aufstörung und Verübung wurde er in eine Geldstrafe von 40 M. verurteilt. — Die Berufungen gegen die Urteile des Schöffengerichts hier, das wegen Körperverletzung den Maurer Jakob Sandmaier aus Jnsheim mit 2 Monaten, den Maurer Balthasar Sandmaier von da mit 1 Monat, den Maurerlehrling Johann Sandmaier von Jnsheim mit 2 Mon. Gefängnis und wegen Widerstands, Schmähung und Aufstörung den Tagelöhner Karl Fuchs aus Wiesenthal mit 3 Tagen Haft und 14 Tagen Gefängnis bestrafte, wurden verworfen. — Zimmermann Wilhelm Kistner aus Blantenloch wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt, weil er es unterließ, beim Aufziehen eines Dachsparrens am Hause Nr. 36 der Kriegstraße das Seil mit einer Klammer am Sparrn zu befestigen, so daß der Sparren, der wie auch das Seil auf war, sich in einer Höhe von 5-6 m löste und einem Zimmerlehrling auf den Kopf fiel und diesem eine heftige Quetschung des Schädelsnothens beibrachte. — Widdelpapier Rudolf Kähler aus Baden-Baden, hier wohnhaft, bot einem Schuttmann, der ihn wegen Verdachts eines Vergehens nach § 183 St.-G.-B. festgenommen hatte, ein paar Glas Bier an, für den Fall, daß er ihn laufen lasse. Wegen Verletzung bekam Kähler 14 Tage Gefängnis. — In der Strafsache gegen Wirt Joseph Weßmer aus Neufra wegen Thätlichkeiten wurde die Berufung zurückgelesen. — Die Verurteilung der Theresia Kistner hier gegen Bertha Schwab, geb. Bielemann, aus Auenberg, wegen Verleumdung wurde verlesen. — Die von dem Zimmermannslehrling Ferdinand Heinrich Wangel wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilte, eingelegte Berufung führte zu einer Herabsetzung der Strafe auf 3 Wochen. — Die Strafsache gegen Benjamin Wolf aus Kirchbach wegen Widerstands wurde verurteilt. Nachdem heute in der Strafsache gegen Buchdruckermeister Adolf Ged von Offenbach und Gemossen wegen Vergehens begu. Uebertretung gegen § 27 Ziff. 1 des Polizeigesetzes verurteilt wurde wurden verurteilt: Adolf Ged mit 248/40 M., an deren Stelle im Falle der Unbebringlichkeit eine Haftstrafe von 6 Wochen tritt, Maschinenarbeiter Johann Kistner von Giesheim mit 216 M. ev. 15 Tage Haft, Maurer Sebastian Leicht aus Daxlanden mit 395/20 M. ev. 27 Tage Haft, Blechener Ludwig Kistner aus Gillingen mit 312 M. ev. 21 Tage Haft, Schleifer Karl Kornmüller aus Hippurr mit 234 M. eventuell 16 Tage Haft, Fabrikarbeiter Friedrich Schlozer von Hippurr mit 130 M. eventuell 9 Tage Haft, Eisenendreher Leopold Leicht aus Jorchheim mit 150 M. ev. 10 Tage Haft, Fabrikarbeiter Julius Viehner aus Grünwinkel mit 70/40 M. ev. 5 Tage Haft, Eisengießer Karl Westermann aus Bishweier mit 102 M. ev. 7 Tage Haft, Fabrikarbeiter Alexander Witschenfelder aus Rintheim mit 468 M. ev. 32 Tage Haft, Bahnarbeiter Christian Erb aus Rintheim mit 228/80 M. ev. 16 Tage Haft und Maurer Karl Weip aus Rintheim mit 183 M. ev. 13 Tage Haft.

Mannheim, 4. Nov. Wegen verschiedener raffinierter Betrügereien fanden heute der 23 Jahre alte Buchhändler Emil Adolf Hermann aus Braunschweig und der 20 Jahre alte Kaufmann August Fhm von Hanau vor der hiesigen Strafkammer. Hermann ist Witthaber, Fhm Reisender der Firma Kraussbamer u. Hermann in Kassel. In der Zeit vom 24. bis 31. August d. J. suchten die beiden in hiesiger Stadt Abnehmer für das Buch „Selbst sei Jesus Christus“. Das Buch sollte komplett zu 20 M., oder in 40 Hefen zu je 50 Pf. bezogen werden, wozu noch eine Preisermäßigung von 4 M. für die Einbanddecke kam. Die Angeklagten selbst bezogen das Werk von der Firma Kattmeyer u. Co. in Braunschweig zum Preis von 7/50 M., im Kolportagebuchhandel kostet es 16 M., im gewöhnlichen Buchhandel wird es jedoch gar nicht vertrieben. Um bei ihrer Thätigkeit besseren Erfolg zu haben, trugen sich die beiden Angeklagten vollständig wie katholische Priester. Wenn sie sich auch nicht wirklich als solche verstellten, ließen sie sich doch die Anrede „Herr Kaplan“, „Hochwürden“ u. s. w. gefallen, erklärten, daß Stadtpfarrer Bauer sie schickte, und daß der Reinertrag, oder doch wenigstens ein Teil desselben zu wohltätigen Zwecken bestimmt sei. In zwei Fällen gab sich Hermann auch direkt als katholischer Geistlicher aus, der von seiner Behörde beauftragt

